



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht über die Folgen und den weiteren Einsatz von Sprengstoff-Suchgeräten am Flughafen München

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich und mündlich dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege im Landtag über die aktuelle Situation, Entwicklung, Ursachen der Erkrankungen wegen dem Einsatz von Sprengstoff-Suchgeräte sowie über Konsequenzen und das Handeln der Zuständigen und über die Entlassungen von Beschäftigten der Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München (SGM) zu berichten.

Dabei sollen vor allem folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie viele Beschäftigte der SGM haben sich seit April 2016 krankgemeldet oder einen Arbeitsunfall gemeldet?
- Wie viele Beschäftigte sind durch die Sprengstoff-Suchgeräte am Flughafen München seit April 2016 erkrankt bzw. haben einen Zusammenhang mit den Sprengstoff-Suchgeräten geäußert oder genannt?
- Welche Erkenntnisse und Forderungen haben die Fachkraft für Arbeitssicherheit sowie der Betriebsrat und welche Forderungen wurden nicht umgesetzt und warum?
- Wie viele SGM-Beschäftigte wurden seit April 2016 entlassen? Gab es Entlassungen aufgrund der fehlenden medizinischer Eignung – und wenn ja, wie viele seit April 2016?
- Wie viele SGM-Beschäftigte haben die Firma seit April 2016 freiwillig verlassen?
- Wie viele SGM-Beschäftigte bekamen seit April 2016 eine Abfindung?
- Wie viele Fälle endeten seit April 2016 vor Gericht und aus welchen Gründen?

- Was hat das Unternehmen getan, um das Vertrauen der Beschäftigten wieder zu gewinnen, bzw. ihnen die Rückkehr an den Arbeitsplatz zu erleichtern, wie es in der Stellungnahme der LMU zu den Vorfällen im Jahr 2015 hieß?
- Gibt es derzeit Klagen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Geräte?
- Wurden Anregungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verbesserung der Situation aufgegriffen?
- Gab es gesundheitliche Probleme bei Bundespolizistinnen und Bundespolizisten, die an den Schleusen stehen?
- Hat der Betriebsrat der SGM, im Zuge der aktuellen Re-Installation der ETD-Geräte angeregt, nach erfolgter Vollausrüstung der Terminalbereiche mit diesen Geräten im laufenden Kontrollbetrieb (sicherheitshalber) zur Beruhigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch einmal Vor-Ort-Arbeitsplatzmessungen durchführen zu lassen? Wann wurde eine nochmalige Kontrolle der Geräte unter realen Bedingungen bzw. ein erneutes Gutachten durchgeführt und durch wen und mit welchem Ergebnis?
- Wurde die Belüftungssituation bzw. die Baugegebenheiten am Flughafen München seit April 2016 untersucht und begutachtet (z. B. wegen der Beschwerden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Sommer sei es zu heiß)? Und falls ja, mit welchem Ergebnis?
- Wurden bauliche Veränderungen vorgenommen, um die Ausgasungen der Geräte abzuleiten und bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen? Wenn nein, warum nicht?
- Wurde der endgültige Aufstellungsort dieser Geräte bereits gefunden und wenn ja, wo genau?
- Was hat die Regierung von Oberbayern bzw. das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr seit April 2016 Jahren unternommen, um die Situation zu deeskalieren und besser zu untersuchen? Was wurde dafür getan, dass diese Vorfälle endlich aufgeklärt werden und die Ursache für diese Beschwerden der zahlreichen Beschäftigten gefunden wird?
- Hat der Betriebsarzt oder der Durchgangsarzt die Beschäftigten mit den Beschwerden an einen Spezialisten überwiesen oder wurde ein Spezialist

empfohlen bzw. wurden die Beschäftigten von einer Fachärztin oder einem Facharzt für Umweltmedizin untersucht?

- Wie ist der Stand der Verhandlungen bzw. des Streits mit dem Hersteller?

Begründung:

Am Flughafen München wurden 2015 sogenannte Itemiser und Sniffer zur Sicherheitskontrolle angeschafft. Mit diesen Geräten sucht man nach Sprengstoffspuren im Handgepäck. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekamen gesundheitliche Probleme, klagten seitdem über Atemnot und Halsschmerzen, Lungen-, Magen- und Kreislaufprobleme oder Kopfschmerzen, Übelkeit, Taubheit. Innerhalb kurzer Zeit meldeten sich etwa 200 Mitarbeiter der Sicherheitsfirma SGM, die für die Kontrollen zuständig ist, krank.

Die Staatsanwaltschaft Landshut ermittelte gegen Unbekannt wegen fahrlässiger Körperverletzung. Ein erstes Gutachten ergab, dass die neuen Geräte Formaldehyd und andere gefährliche Gase ausstießen. Ein weiteres Gutachten widerlegte das. Die Ermittlungen wurden stillgelegt.

Laut Arztberichten haben mehrere SGM-Beschäftigte fleckige, rötliche Hautausschläge. Aktuelle und ehemalige SGM-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berichteten auch darüber, dass Beschäftigte am Arbeitsplatz zusammengebrochen waren. Einige haben sich zusammengetan und die Vorfälle notiert. Die SGM-Beschäftigten melden sich nach wie vor krank oder melden Arbeitsunfälle aufgrund des Verdachts eines Zusammenhangs mit den Sprengstoff-Geräten. Der Arbeitgeber, die Firma SGM sieht darin nur Einzelfälle. Angeblich trauen sich viele aktuell nicht mehr, von ihren gesundheitlichen Beschwerden zu berichten, aus Angst vor einer Entlassung.